
POLITIK

Bundesdatenschutzbeauftragter

Brandenburgerin als Schaar-Nachfolgerin im Gespräch

Die Brandenburger Rechtspolitikerin Andrea Voßhoff (CDU) könnte laut einem Medienbericht neue Bundesdatenschutzbeauftragte werden. Darauf hätten sich Vertreter der Unionsfraktion mit dem Innenministerium geeinigt. Im Netz kommt prompt Kritik: Voßhoff hat laut Abgeordnetenwatch 2007 der Vorratsdatenspeicherung zugestimmt.

Es wäre die erste Personalie des neuen Kabinetts, die durchsickert, und es betrifft ausgerechnet die neue Datenschutzbeauftragte. Laut einem Bericht der BILD-Zeitung soll die 55-Jährige Rechtspolitikerin Andrea Voßhoff (CDU) Nachfolgerin des Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar (Grüne) werden, der am 17. Dezember aus dem Amt scheidet.

Darauf hätten sich Vertreter der Unionsfraktion mit dem Bundesinnenministerium geeinigt. Voßhoff war auf Anfrage bislang nicht für eine Stellungnahme zu erreichen. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums bezeichnete die Meldung als Spekulation, die man nicht weiter kommentieren wolle. Kritik an der Personalie kommt von der stellvertretenden Vorsitzenden der Piratenpartei, Caro Mahn-Gauseweg: "Wenn ich lese, was Frau Voßhoff von sich gibt, wird mir schlecht," kommentierte sie bei Twitter.

Voßhoff stimmte offenbar für Vorratsdatenspeicherung

Anlass dieser Kritik der Piratin: Im Jahr 2007 stimmte Andrea Voßhoff laut dem Portal abgeordnetenwatch.de mit der Mehrheit ihrer Partei für die Vorratsdatenspeicherung. 3 andere CDU-Abgeordnete verweigerten sich demnach damals der Fraktionsdisziplin und stimmten gegen das umstrittene Vorhaben.

Der amtierende Datenschutzbeauftragte Peter Schaar (Grüne) hatte die Vorratsdatenspeicherung stets kritisiert. 2010 kippte das Bundesverfassungsgericht das Gesetz, doch die schwarz-rote Koalition im Wartestand plant laut Koalitionsvertrag eine Wiedereinführung. Peter Schaar kritisierte: "Der Koalitionsvertrag verheißt in diesem Punkt nichts Gutes."

Voßhoff saß 15 Jahre im Bundestag, verlor aber 2013 ihr Mandat

Die 55-Jährige Voßhoff wuchs in Niedersachsen auf und studierte Rechtswissenschaften in Münster und Lausanne. Vor 22 Jahren zog sie mit ihrem Mann nach Rathenow (Landkreis Havelland). Von 1998 bis 2013 saß sie als Abgeordnete für die CDU im Bundestag, ab 2010 als rechtspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion.

Bei der Bundestagswahl 2013 unterlag sie in ihrem Wahlkreis gegen Frank-Walter Steinmeier (SPD), und konnte auch über die Landesliste nicht mehr in den Bundestag einziehen. Auch in der Landespartei hat die ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende

keinen Posten mehr inne.

Beitrag von Robin Avram

Stand vom 12.12.2013
